

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0 0 13/2024/AN

Antragsteller: SPD, Grüne, CDU, LINKE, HDer, FDP, GAL/FWV, BL, PARTEI, HIB
Antr.datum: 29.01.24

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Nie wieder ist jetzt! | Sachstandbericht und weitere
Planung der Maßnahmen zu Diskriminierungsschutz und
gleichberechtigter Teilhabe im Doppelhaushalt 2023/2024**

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	14.03.2024	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	21.03.2024	Ö		
Gemeinderat	02.05.2024	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0013/2024/AN

Briefkopf des Antragstellers:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis '90/Die Grünen,
CDU, DIE LINKE, Die Heidelberger, FDP, der Arbeitsgemeinschaft
GAL/FWV sowie der Einzelstadträt:innen von Bunte Linke, DIE
PARTEI und Heidelberg in Bewegung

Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg

29.01.2024

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Nie wieder ist jetzt! | Sachstandsbericht und weitere Planung der Maßnahmen zu Diskriminierungsschutz und gleichberechtigter Teilhabe im Doppelhaushalt 2023/2024

Die Verwaltung wird gebeten,

- in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit einen Sachstandsbericht sowie einen Bericht über die weitere Vorgehensweise zu den folgenden Maßnahmen zum Diskriminierungsschutz zu geben:
 - Förderung einer vielfältigen städtischen Erinnerungskultur durch kolonialgeschichtliche, queere, jüdische und muslimische Erinnerungsformate. (Vergleiche (Vgl.) Teilhaushalt (TH) 16, S. 8, P11.14.00, Ziel1, M2)
 - Clearing- und Verweisberatung für Betroffene von Diskriminierung und für alle, die gegen Diskriminierung vorgehen wollen. Förderung von Heidelberger Antidiskriminierungsbüros [...] (Vgl. TH 16, S. 8, P11.14.00, Ziel1, M3)

- Konzept Monitoringbericht des Heidelberger Antidiskriminierungsnetzwerkes (Vgl. TH 16, S. 8, P 11.14.00, Ziel 1, M4)
- Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von jungen Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind unter anderem durch die diskriminierungssensible Begleitung des Projekts Youth Think Tank (Vgl. TH 16, S. 8, P 11.14.00, Ziel 1, M5)
- Förderung von Projekten gegen Rassismus, die über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert werden (Vgl. TH 16, S. 8, P 11.14.00, Ziel 2, M1)
- Umsetzung 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) (Vgl. TH 16, S. 8, P 11.14.00, Ziel 2, M2 sowie Ziel 3)
- Konzept Gründung Fonds runder Tisch gegen Rassismus und Diskriminierung (Vgl. TH 16, S. 9, P 11.14.00, Ziel 2, M3)
- Vorgehen gegen LSBTIQ+ -feindliche Gewalt (Vgl. TH 16, S. 10, P 11.14.00, Ziel 4, M6)
- Workshops für KOD und Night-Coaches im Bereich Antidiskriminierung (TH 15, S. 8, P 12.20.01 – P 12.20.09, Ziel 1, M6)
- Hierbei soll gleichzeitig geprüft und dargelegt werden, welche Forderungen aus dem Offenen Brief des Antirassismus-Netzwerks Heidelberg (Vgl. Anlage 1) an Stadt und Gemeinderat vom 24.01.2024 mit den bestehenden Ressourcen aus dem Doppelhaushalt umgesetzt werden können.

Begründung:

Gerade die aktuellen Entwicklungen in unserer Gesellschaft hinsichtlich der zunehmenden rechtsextremen Strömungen/Vernetzungen und rassistisch motivierten Angriffen erfüllen uns mit größter Besorgnis. Die Demonstration am 20.01. gegen Rassismus und Rechtsextremismus mit circa 18.000 Beteiligten hat dabei ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt und gezeigt, dass es vielen Menschen nun reicht und diese aktiv Verantwortung für die Wahrung unserer Demokratie übernehmen wollen.

Auch an uns als Stadt und Gemeinderat ist es nun gelegen, Vorbild zu sein und Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung dafür, dass rassistisches Gedankengut in Heidelberg keinen Platz hat. Verantwortung dafür, dass wir die bestehenden Strukturen, die wir bereits in der Stadt haben, optimal nutzen, um Rassismus und Diskriminierung aktiv die Rote Karte zu zeigen und Betroffenen und Engagierten Beratung und Hilfestellung zu geben. Verantwortung dafür, dass niemand in unserer Stadt Angst haben muss, weil seine oder ihre Familie beispielsweise eine Migrationsgeschichte besitzt, jüdischen oder muslimischen Glaubens ist, queer ist oder den Sinti und Roma angehört.

Die Forderungen des Antirassismus-Netzwerkes sehen wir daher als wichtigen Impuls, die Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit zu stärken – im aktuellen Doppelhaushalt sind bereits viele Ziele und Maßnahmen (siehe Antragstext oben) formuliert, die sich inhaltlich mit einem großen Teil der Forderungen des Antirassismus-Netzwerkes decken.

Diese Synergien gilt es aus unserer Sicht zu nutzen: Um zu eruieren, was mit unseren bestehenden Ressourcen aus dem Doppelhaushalt umzusetzen ist, bitten wir in unserem Antrag die Verwaltung darum, einen Sachstand zu den im Haushalt aktuellen Maßnahmen in diesem Bereich zu geben beziehungsweise darzulegen, wie die weitere Vorgehensweise der Verwaltung aussehen wird. Gleichzeitig soll erläutert werden, welche Forderungen des Antirassismus-Netzwerkes mit den bestehenden Ressourcen bereits direkt umgesetzt werden können.

**gezeichnet Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gezeichnet CDU-Fraktion,
gezeichnet SPD-Fraktion,
gezeichnet Fraktion „Die Heidelberger“,
gezeichnet Fraktion DIE LINKE,
gezeichnet Fraktion FDP,
gezeichnet Arbeitsgemeinschaft GAL/FWV,
gezeichnet Bunte Linke,
gezeichnet Waseem Butt, HiB
gezeichnet Björn Leuzinger, Die PARTEI**